

Ausgebremste Seniorenresidenz

Verwaltungsgericht setzt Baugenehmigung für umstrittenes Projekt in Diekirch vorerst aus

Von John Lamberty

Diekirch. Das Verwaltungsgericht hat die Baugenehmigung für eine 37 Wohnungen umfassende Seniorenresidenz an der Rue de l'Hôpital in Diekirch vorerst ausgesetzt, um zunächst deren Konformität zum allgemeinen Bebauungsplan (PAG) der Gemeinde zu prüfen. Dies wurde dem „Luxemburger Wort“ gestern nach einer Meldung von RTL seitens der Pressestelle der Justiz bestätigt.

Ein benachbartes Ehepaar hatte gegen die vor einem Jahr erteilte Baugenehmigung für das Projekt Rekurs eingelegt. Die geplante Wohnresidenz liegt dem PAG nach in einer zone de bâtiments et aménagements d'utilité publique. Ob das Projekt eines privaten Promotors zum Bau privater Wohnungen öffentlichen Interesses sein kann, das will das Gericht nun jedoch erst einmal im Grundsatz klären.

Kläger sehen Beeinträchtigungen für eigenes Anwesen

Daneben führen die Kläger aber vor allem auch an, dass das doch voluminöse Bauvorhaben ihr eigenes Anwesen unmittelbar beeinträchtigen werde und noch dazu in einem kommunal geschützten Stadtsektor liege, in den es sich in keinster Weise einfüge.

Die Frage, ob die geplante Seniorenresidenz in einer Zone für Bauten öffentlichen Interesses angesiedelt werden kann, hatte Ende vergangenen Jahres auch bereits im Diekircher Gemeinderat kontroverse Debatten ausgelöst. Für manches Naserümpfen hatte dabei zudem gesorgt, dass es sich



An der Rue de l'Hôpital in Diekirch soll nicht nur das alte Pensionat zu einer Maison relais umgestaltet, sondern auch eine Seniorenresidenz errichtet werden – ein nicht unumstrittenes Projekt. Foto: John Lamberty

bei dem Promotor der Seniorenwohnungen um den gleichen Gesellschafter handelt, der vom Schöfferrat auch den Zuschlag zur Umgestaltung des nebenan gelegenen Pensionnat Notre-Dame zur Maison relais erhalten hatte.

Die Opposition im Gemeinderat sieht sich mit Blick auf den Schritt des Verwaltungsgerichts dem auch in ihren ursprünglichen Zweifeln bestätigt. „Dass in einem solchen Fall eine Aussetzung der Baugenehmigung bis zur Klärung der Frage um die PAG-

Konformität ausgesprochen wird, kommt nur selten vor und spricht daher auch Bände über die Zweifel des Gerichts“, meint etwa DP-Rat José Lopes Gonçalves, der beruflich selbst als Anwalt tätig ist.

Opposition sieht sich in Bedenken bestätigt

Normalerweise würde dies in einem Parallelverfahren geprüft. Es müssten hier also schon triftige Argumente für eine eventuelle berechnete Annullierung der Baugenehmigung vorliegen. Eine Einschätzung, die auch die Räte

Charles Weiler (CSV) und Fränk Thillen (Déi Gréng) teilen, die sich denn auch gespannt zeigen, wie der Schöfferrat im Falle einer Aufhebung der Genehmigung reagieren will.

Auf Hinweise darauf dürfte die Opposition aber wohl bis zu einem definitiven Richterspruch in dem Dossier warten müssen. Zu laufenden Verfahren gebe er prinzipiell keine Äußerungen ab, so Bürgermeister Claude Haagen (LSAP). LW-Informationen zufolge ist mit einem Urteil in dem Fall nicht vor Anfang 2021 zu rechnen.

Gemeinde Pütscheid sorgt für Premiere

Pütscheid. Die gemeindeeigene Homepage gilt oft als Visitenkarte einer Kommune. Wird sie muster- gültig geführt, so kann sie durchaus als Instrument einer effizienten, zeitgemäßen und transparenten Kommunikation mit dem Bürger dienen. Den Gemeinden hierfür die richtigen Werkzeuge an die Hand zu geben, das ist die Mission des Informatiksyndikats SIGI, das 101 Kommunen und 60 interkommunales Syndikats IT-Lösungen zur optimalen Gestaltung und Verwaltung ihrer Internetseiten bietet. Der Gemeinde Pütscheid fällt zurzeit das Privileg zu, mit ihrem neuen Internetauftritt als erste Kommune des Landes die jüngste dieser Lösungen zu präsentieren. Diese soll den Bürgern in erster Linie den Zugang zu Informationen und Verwaltungsdiensten erleichtern, wie auch Nico Jacobs, erster Vizepräsident des SIGI und Gemeinderatsmitglied in Pütscheid meint. In einer zweiten Phase ist übrigens auch eine mobile Anwendung (App) vorgesehen. Wer sich selbst von den angepreisenen Vorzügen überzeugen will, dem sei einfach per Klick ein Blick auf die neue Homepage ans Herz gelegt. www.putscheid.lu



Fatima-Jubiläum abgesagt

Harlingen. Den Folgen der Corona-Pandemie fällt nun auch die für diesen Sonntag geplante Feier zum 70-jährigen Bestehen der Fatima-Kapelle in Harlingen zum Opfer. Wie der Vorstand des Verwaltungsvereins mitteilt, wird die Jubiläumsfeier nun auf den Juli 2021 verlegt.

Marche de la pomme gourmande fällt aus

Hoffelt. Wie die Organisatoren mitteilen, fällt auch die für den 27. September geplante Marche de la pomme gourmande in Hoffelt dem Corona-Virus und den damit einhergehenden Einschränkungen zum Opfer. Da die sanitären Vorgaben für das Fest zum jetzigen Zeitpunkt unmöglich abzuschätzen seien, habe man nach gründlichem Abwiegen beschlossen, die Veranstaltung abzusagen. 2021 findet das Fest dann voraussichtlich am 26. September statt.



Die Gemeinde Bourscheid will in ihren Forderungen nach zusätzlichen Unterrichtsstunden nicht locker lassen. Foto: Arlette Schmit

Ringens um elf Unterrichtsstunden

Gemeinde Bourscheid ärgert sich über Umgang des Bildungsministeriums mit Schulorganisationsplanung

Bourscheid. Die provisorische Schulorganisation hat die Verantwortlichen der Gemeinde Bourscheid in diesem Jahr offenbar an die Grenze des Machbaren geführt. Bereits am 22. April hatte man einen Brief mit der Bitte um elf zusätzliche Unterrichtsstunden an das Bildungsministerium geschickt. Bis heute liege allerdings keine schriftliche Antwort vor, wie Bürgermeisterin Annie Nickels-Theis während der jüngsten Ratssitzung vor Ort erklärte.

Wohlwissend, dass die provisorische Schulorganisation bis zum 1. Juli votiert sein muss, hatte man in Bourscheid deswegen bis zum letztmöglichen Termin auf eine Antwort gewartet. Dennoch musste man letztlich beim Ministerium telefonisch nachfragen, ob der Bitte denn nun Rechnung getragen werde oder nicht. Woraufhin man alsdann eine mündliche Absage erhalten habe und nochmals alles umorganisiert worden sei.

Wie die Bürgermeisterin mitteilte, erwartet man zum Herbst 159 Kinder in der Grundschule, welcher aufgrund der Sozialindex-Berechnung nun insgesamt 314 Unterrichtsstunden zugesprochen wurden. Elf weniger als man als

nötig erachte, um einen angemessenen Unterricht garantieren zu können.

Um die fehlenden Stunden zu kompensieren, habe man sich daher entschlossen, die 36 Kinder des ersten Zyklus in zwei statt in drei Klassen aufzuteilen. Eine Notlösung, über die die Schulgemeinschaft ebenso wenig erfreut sei wie die Gemeinde. Das unterstrich im Anschluss denn auch die Abstimmung der Schulorganisation, bei der die Räte Jos Cannivy, Charles

Nockels und Guy Schreurs aus Protest gegen den Entscheid des Ministeriums mit Nein stimmten. Ein weiterer Brief an das Ministerium soll nun nochmals unterstreichen, dass die fehlenden elf Stunden unbedingt notwendig seien, um einen adäquaten Schulunterricht gewährleisten zu können.

Covid-19. Im Budget 2020 hat die Gemeinde einen neuen Ausgabenposten in Bezug auf die Corona-Krise geschaffen. Hier werden alle Ausgaben gebündelt, die im Rah-

men der Pandemie getätigt werden müssen. Bisher seien bereits rund 61 000 Euro hier eingeschrieben worden.

Zudem betonte Bürgermeisterin Annie Nickels-Theis, dass die Gemeinde allen Bürgern ab 18 Jahren einen Einkaufsgutschein über 25 Euro zukommen lässt, der in gemeindeeigenen Betrieben bis Ende des Jahres eingelöst werden kann. Diese Unterstützung der lokalen Betriebswelt kostet die Gemeinde rund 34 000 Euro.



Die Gemeinde Bourscheid will in ihren Forderungen nach zusätzlichen Unterrichtsstunden nicht locker lassen. Foto: Arlette Schmit